



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT

 m.h.
 Politischer Bericht Nr. 51

London, den 16. Dezember 1971

BI/hr

en					cia
Datum					10 JAN. 1972
Visa					<i>(Signature)</i>
EPD					10 JAN. 1972
Ref. p.A. 21.31					London

Nordirland zwischen Entkolonisierung und "Selbstbestimmung"

Der indisch-pakistanische Krieg und die Rhodesien Frage - beides Nachwirkungen britischer Kolonialpolitik - haben den Irlandkonflikt in der britischen Öffentlichkeit nur während kurzer Zeit überschatten können. Heute steht er wieder im Vordergrund öffentlicher Anteilnahme. Dies ist auf zwei Gründe zurückzuführen:

Erstens hat sich die Krise in Nordirland in der letzten Zeit verschärft. Trotz Präventivhaft, Erhöhung der Truppenbestände auf über 12'000 Mann und Einsatz von Infanterieverbänden in den Strassen von Belfast und Londonderry hat die Terrortätigkeit stark zugenommen. Während letztes Jahr 19 Tote zu beklagen waren, sind es dieses Jahr gegen 200. Auch die Bombenattentate, die Brandschatzung und Zerstörung von Wohnhäusern, Fabriken, Verkaufsgeschäften, Restaurants und öffentlichen Anlagen ist dieses Jahr fast verzehnfacht worden. Einzig bei den Waffenfunden können die Behörden offenbar einige Erfolge verzeichnen. Alle andern optimistischen Prognosen, Versprechungen und Versicherungen haben sich nicht bewahrheitet oder sind nicht erfüllt worden.

Zum zweiten stehen die Briten dem indisch-pakistanischen Krieg aus offensichtlichen Gründen detachierter gegenüber als den bürgerkriegsähnlichen Wirren in der eigenen Sphäre. Nordirland ist auch zum mindesten formell ein innenpolitisches Problem.

Materiell und emotionell ist Nordirland dagegen für mehr und mehr Briten eine "fremde" Angelegenheit, der sie verständnislos gegenüberstehen und die sie am liebsten "verdrängen" möchten. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass sich bei Meinungsumfragen ein grosser Prozentsatz der Befragten für sofortigen Rückzug der britischen Truppen ausspricht. Die Mehrheit der Briten würde auch - sofern man die Meinungslosen nicht mitzählt - eine Politik der Wiedervereinigung von Nord- und Südirland befürworten.

Ist Nordirland ein Entkolonisierungsproblem? Hiefür sprechen viele Gründe, insbesondere die lange Geschichte des englisch-irischen Gegensatzes.

Diese Geschichte ist in der Tat gekennzeichnet durch eine lange Eroberungs- und Gewaltpolitik Englands gegenüber Irland. Von allem Anfang an war diese Politik auch mit religiösen Elementen vermenget. Heinrich II. zog 1171 nach Irland, um namentlich den von Papst Hadrian IV. (dem einzigen Engländer in der ganzen Papstgeschichte) gewünschten religiösen Reformen zum Durchbruch zu verhelfen, und zwar als eine Geste der Sühne für seinen Anteil an der Ermordung von Thomas Becket, dem Erzbischof von Canterbury. Er liess es jedoch nicht beim Religiösen bewenden, sondern begann die Einverleibung Irlands in sein Königreich. Aber weder ihm, noch seinen unmittelbaren Nachfolgern gelang es, die Eroberung erfolgreich abzuschliessen.

Eine neue Phase der gespannten Beziehungen zwischen England und Irland begann, als Heinrich VIII. 1533 mit Rom brach. Aus Heinrichs Anspruch, selbst Oberhaupt der Kirche in seinem Reich zu sein, erwuchs für die Iren ein neuer Grund zum Widerstand gegen die englische Krone. In der Regierungszeit von Heinrichs Tochter, Elisabeth I., wurde gegen die Iren beständig Krieg geführt. Ulster war damals die irischste der vier Provinzen, indem sie der

englischen Oberhoheit am meisten Widerstand leistete. Nach einer entscheidenden Niederlage im Jahre 1603 wurde die ganze Insel unterworfen und in Ulster wurde eine Umsiedlung eingeleitet; etwa 4/5 des Gebietes von Ulster wurde an schottische und englische Siedler protestantischen Glaubens verteilt, und die ansässigen Iren wurden in die hügeligen und kärglichen Gebiete des Westens und Südens abgedrängt.

Aehnliches geschah nach der Revolution von 1649, als Cromwell die aufständischen Iren blutig niederwarf, viele hinrichten liess oder zur Auswanderung zwang.

Bei der zweiten englischen Revolution von 1688 hielten die Iren zu dem zum Katholizismus übergetretenen König Jakob II. und anerkannten den neuen König Wilhelm von Oranien nicht. Am 1. August 1689 konnten die Engländer indessen Jakobs Belagerung von Londonderry sprengen, und am 1. Juli 1690 wurden die Truppen Jakobs II. von Wilhelm von Oranien an der Boyne, wenige Kilometer nördlich von Dublin, entscheidend geschlagen. Auf diesen Sieg Wilhelms gründete sich das protestantische, englisch-schottische Establishment, das bis 1920, als die 26 südlichen Grafschaften unabhängig wurden, ganz Irland beherrschte. Dasselbe Establishment ist in Nordirland bis heute an der Macht geblieben.

Das protestantische Establishment wurde gestützt durch eine Reihe von repressiven Massnahmen, den sogenannten Strafgesetzen, die von 1690 bis 1829 in Kraft waren und der katholischen Bevölkerung die elementarsten Menschenrechte entzog. Hinzu kam im 19. Jahrhundert für die grosse Mehrheit der Bevölkerung eine Verschlimmerung der ohnehin schlechten wirtschaftlichen Lage, die 1848/49 in einer grossen Hungersnot kulminierte, wobei mehr als 1 Million Menschen starben und ebensoviele zur Auswanderung gezwungen wurden.

Die Auflehnung der Iren hatte erst Ende des Ersten Weltkrieges einigen Erfolg. Ihr Ziel, die Unabhängigkeit der ganzen Insel, wurde jedoch wegen der Weigerung des protestantischen Bevölkerungsteils im Nordosten nicht erreicht; unter dem Slogan "Home rule is Rome rule" erklärte sich diese Bevölkerungsgruppe entschlossen, den Uebergang von der britischen zur irischen Herrschaft wenn nötig mit Waffengewalt zu verunmöglichen. Die Existenz des heutigen Nordirland beruht also auf einem Gewaltakt. Man erinnert sich daher unwillkürlich an Algerien: Was wäre wohl geschehen, wenn die französische Regierung Algerien zwar in die Unabhängigkeit entlassen, aber wegen des Drucks der OAS beispielsweise Oran und seine Umgebung als französische Enklave zurückbehalten hätte? Für die Weltöffentlichkeit wäre die Entkolonisierung kaum vollendet gewesen. Dies war und ist wohl auch - wenn auch nicht deutlich ausgesprochen - die Ansicht der Regierungen in Westminster im Falle Nordirlands. Schon die "Government of Ireland Act" von 1920, auf welcher die heutige Teilung gründet, sah die Vereinigung Irlands vor. 1965 erklärte der damalige britische Aussenminister Walker im Unterhaus: "I reject the suggestion that the British Government is maintaining partition, and I feel certain that any problems in this connection are best settled by the Irish people themselves ... For 700 years Britain has made the mistake of trying unsuccessfully to run the affairs of Ireland, and that mistake must not be repeated."

Mit andern Worten: Nicht die britische Regierung, sondern Nordirland ist gegen die Wiedervereinigung und gegen die Unabhängigkeit ganz Irlands. Es ist dagegen das Recht auf Selbstbestimmung, das von Westminster garantiert wird. Dies wurde 1949, als die Republik aus dem Commonwealth ausgetreten war, in der Ireland's Act ausdrücklich formalisiert. Der damalige Premierminister Attlee erklärte im Unterhaus, "that no change should be made in the constitutional status of Northern Ireland without Northern Ireland's free agreement". Dies ist der Standpunkt, der von der früheren

Labour-Regierung eingenommen worden ist und auch von der heutigen konservativen Regierung immer noch vertreten wird. Auch Oppositionsführer Wilson wick in seinem 15-Punkte-Plan vom 25. November, in welchem er unter anderem Konsultationen bezüglich einer eventuellen Wiedervereinigung Irlands vorschlug, nicht ab.

Wie aber wird "Selbstbestimmung" in irischer Sicht beurteilt? Es muss hier auf einige Tatbestände hingewiesen werden, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Vorerst: "Nordirland" ist nicht Nordirland und "Ulster" ist nicht Ulster. Es gibt in der Republik Irland Gebiete, die nördlicher liegen als der nördlichste Teil von "Nordirland", und das wirkliche Ulster umfasst drei Grafschaften, Donegal, Monaghan und Cavan, die seinerzeit nicht zu "Ulster" geschlagen wurden; sie wurden von den Führern der protestantischen Minderheit in Ulster mit Bedacht ausgeschieden, um zu erreichen, dass aus ihrer Minderheit eine Mehrheit wurde. Die andern zweieinhalb Grafschaften Ulsters mit katholischer Mehrheit, Fermanagh, Tyrone und Southern Down, wurden offenbar nur deshalb nicht an die Republik abgetreten, weil die dreieinhalb protestantischen Counties nicht mehr dazu ausgereicht hätten, eine eigene Regierung in Stormont zu rechtfertigen. Irischerseits wird daher betont, dass dies eine auf die Wünsche des britisch/protestantischen Establishments zurechtgestutzte Selbstbestimmung sei, die rechtlich und politisch keinen Bestand habe.

Bekanntlich war die Mehrheit in "Nordirland" in den letzten 50 Jahren bestrebt, ihre Machtposition durch politische und wirtschaftliche Diskriminierung der Minderheit gleichsam auf ewige Zeiten zu sichern. Die wirtschaftliche Diskriminierung hatte beispielsweise eine ständige Auswanderung der Minderheit zur Folge, so dass diese weder durch Geburtenüberschuss noch durch Einwanderung aus der Republik je zu einer Mehrheit werden konnte.

Die heutige Krise ist im Grunde genommen das Produkt von Lord O'Neill's Versuch, als Premierminister Nordirlands Mitte der 60iger Jahre die Haltung des unionistischen Regimes gegenüber der katholischen Minderheit zu liberalisieren. Dieser Versuch gab der Zivilrechtsbewegung der Minderheit Auftrieb, erweckte aber auf unionistischer Seite Befürchtung und Gegendruck. Auf das Eingreifen der britischen Armee folgte eine Art Wiedergeburt der Irish Republican Army (IRA), die vor 1969 sowohl im Norden als auch im Süden Irlands praktisch inexistent war. Im Sommer dieses Jahres sah sich die Stormont-Regierung sodann gezwungen, die Schlachtfesteiern des Orange-Ordens, d.h. die jährlich über 1000 triumphalistischen Umzüge, zu verbieten. Wohl als Kaufpreis dieser Massnahme wurde gleichzeitig die Präventivhaft eingeführt (Internierung ohne Haftbefehl, ohne Gerichtsverhandlung usw.), die sich sozusagen ausschliesslich gegen Vertreter der Minderheit richtete. Dies hatte ein weiteres Aufflammen des Terrors, eine Politik zivilen Ungehorsams der Minderheit (Rückzug aus Provinzparlament und aus den Gemeindeverwaltungen, Weigerung der Zahlung von Steuern und Mieten usw.) und eine weitgehende, zum mindesten passive Solidarisierung mit der IRA zur Folge.

Heute scheint Nordirland in einen heillosen Teufelskreis der Gewalt verstrickt. Terror erzeugt Gegenterror - Kenner der örtlichen Verhältnisse sind der Meinung, dass nicht nur die IRA, sondern, wenn auch in geringerem Umfang und mit weniger Publizität, die geheime und gut bewaffnete Ulster Volunteer Force der Protestanten aktiv sei - ; Terror schafft aber auch Arbeitslosigkeit und Armut und damit eine verstärkte Neigung zu Hass und Gewalttätigkeit. Es erstaunt deshalb nicht, dass Innenminister Maudling gestern am Schluss seines zweitägigen Besuchs in Nordirland erklärte, die britische Armee werde zwar gewinnen, doch werde die IRA nicht vollständig eliminiert werden können; deren Tätigkeit könne höchstens auf ein "akzeptables Mass" zurückgeführt werden. Damit ist die gegenwärtige scheinbare Ausweglosigkeit offiziell bestätigt worden.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

W. K. K. K.